

KOMPAKT

Coronavirus I

INITIATIVE Das Coronavirus lässt auch den Verband Jüdischer Studenten in Bayern (VJSB) nicht unbeeindruckt. Dieser hat eine Kampagne gestartet, um Menschen aus Risikogruppen beim Einkauf und Familien bei der Betreuung ihrer Kinder zu helfen. Der Verband steht zur Ermittlung der Hilfsbedürftigen in engem Kontakt mit der Sozialabteilung der IKG. Freiwillige, die bei dem Projekt mitmachen wollen, können sich unter der Internetadresse vjsb.de/vjsb-cares/ melden. Auch Freiwillige außerhalb des Einzugsgebiets des Verbands kommen mit der Adresse weiter. Der VJSB hat die Möglichkeit, die Kontaktdaten an kooperierende jüdische Organisationen weiterzuleiten. Unter der E-Mail-Adresse care@vjsb.de kann der Verband kontaktiert werden, wenn Personen bekannt sind, die Hilfe benötigen oder Informationsbedarf haben. *ikg*

Coronavirus II

ABSAGEN Das Coronavirus hat auch die Israelitische Kultusgemeinde fest im Griff. Kinderkrippe, Kindergärten und die Schulen der Gemeinde bleiben bis Ostern geschlossen. Das gilt auch für die Kita in der Möhlstraße. Für Eltern in sogenannten systemkritischen Berufen wird allerdings die Betreuung der Kinder gewährleistet. Zum Schutz der Seniorinnen und Senioren sollte die Betreuung von Kindern nicht durch die Großeltern oder andere Senioren erfolgen. Zum Schutz der Bewohner des Saul-Eisenberg-Seniorenheims wird Angehörigen und Freunden bis auf Weiteres dringend von Besuchen abgeraten. In Ausnahmefällen sind Besuche vorab mit Kristian Greite (Einrichtungsleitung) und Dinah Zenker (Pflegedienstleitung) abzusprechen (E-Mail: eisenberg-seniorenheim@awo-muenchen.de, Telefon 089/381730). Darüber hinaus wurden bis Ostern auch alle Veranstaltungen, Kurse und Versammlungen der IKG abgesagt. *ikg*

NS-Raubgut

KONTAKTSTELLE Immer wieder wenden sich Menschen in Zusammenhang mit NS-Raubgut an die Israelitische Kultusgemeinde, um genauere Informationen zu erhalten. Seit Beginn dieses Jahres gibt es in der Berliner Außenstelle des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste eine zentrale Kontaktstelle. Ansprechpartnerin ist Susanne Meyer-Abich. Ihren Angaben zufolge berät sie bei Nachforschungen im Hinblick auf Recherchemöglichkeiten, Finanzierung und Organisation und leistet Hilfe bei eventuellen Ansprüchen an deutsche Institutionen, die möglicherweise NS-Raubgut besitzen. Sie ist außerdem bei der Suche nach dem richtigen Ansprechpartner behilflich und definiert Kulturgüter nicht nur als Kunstwerke wie Gemälde oder Skulpturen, sondern auch als Hausrat im weiteren Sinn, etwa Porzellan, Silber oder Bücher. Kontakt unter helpdesk@kulturgutverluste.de. *ikg*

Gegen Hass und Intoleranz

KOMMUNALWAHL Die Mehrheit erteilte der AfD eine deutliche Absage, dennoch ziehen die Rechtspopulisten mit drei Mandatsträgern in den Stadtrat ein

VON HELMUT REISTER

Nicht einmal fünf Prozent der Wähler in der bayerischen Landeshauptstadt entschieden sich am vergangenen Sonntag bei den Kommunalwahlen für die AfD. In den Stadtrat zieht sie trotzdem wieder ein, mit drei Mandatsträgern stärker als vorher. »Das ist mehr als nur ein Wermutstropfen«, beurteilt IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch das Ergebnis.

Über die überwältigende Mehrheit der Wähler, die mit ihrer Stimme »Hass und Intoleranz im Stadtrat« eine deutliche Absage erteilt haben, freut sich die Frau an der Spitze der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. In einer ersten Reaktion nach der Wahl bezeichnete sie die »breite, fast allumfassende Unterstützung für die demokratischen Parteien der Mitte« als Sieg für die Demokratie.

Auch mit Blick auf die Stadtratswahl verwies Knobloch auf die Verantwortung der Politik.

Verbunden mit den Worten der IKG-Präsidentin ist aber auch der Auftrag an Politik und Gesellschaft gleichermaßen, im Kampf gegen die Extremisten in den kommenden sechs Jahren nicht nachzulassen. Die riesige Mehrheit der demokratischen Parteien im Münchner Stadtrat trage nun die Verantwortung, zu verhindern, dass »solche Gruppierungen ihren destruktiven Einfluss weiter festigen können«, so Charlotte Knobloch. Sie selbst habe bis zuletzt gehofft, dass »im Stadtrat meiner Heimatstadt« keine Rechtsextremisten Platz nehmen würden, sagte sie. Nun aber müsse davon ausgegangen werden, dass die Vertreter der AfD »die demokratische Bühne für antidemokratische Ziele« nutzen würden.

WAHLBETEILIGUNG Erfreut zeigte sich Knobloch über die im Vergleich zu den letzten Wahlen gestiegene Beteiligung. Sie verbindet damit die Hoffnung, dass sich dieses gewachsene Interesse in den nächsten Jahren auch in einem zunehmenden bürgerschaftlichen Engagement niederschlägt. »Gerade das ist in diesen politisch schwierigen Zeiten nötiger denn je.«

Bestätigt fühlen kann sich Charlotte Knobloch bei ihrer Einschätzung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, das den parteiinternen »Flügel« offiziell unter Beobachtung des Verfassungsschutzes gestellt hat. Die IKG-Präsidentin, die den rechtsextremistischen Zuschnitt dieser Partei schon seit Jahren und immer wieder kritisiert, erwartet von der Behör-



Sieg für die Demokratie: Nicht einmal fünf Prozent der Wähler entschieden sich am vergangenen Sonntag für die AfD.



»Breite Unterstützung«: Charlotte Knobloch und Dieter Reiter



de vor allem eine Aufklärung über den Einfluss, den der »Flügel« mit Protagonisten wie Bernd Höcke auf die Gesamtpartei hat.

»FLÜGEL« In politischen Kreisen herrscht die übereinstimmende Ansicht, dass der »Flügel« inzwischen die gesamte Partei dominiere. Für die IKG-Präsidentin kann dies nur eine logische Konsequenz haben: »Am Ende muss eine Beobachtung der gesamten Partei stehen. Sie tritt bei den Wahlen schließlich als Ganzes auf und stellt damit eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie dar.« In diesem Zusam-

menhang wies Knobloch darauf hin, dass die AfD bereits in vielen Situationen bewiesen habe, dass sie den Idealen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung feindlich gegenüberstehe. Ihre Vertreter, und nicht nur die des »Flügels«, »waren und sind Stichwortgeber für rechtsextreme Terroristen«, die das friedliche Zusammenleben untergraben würden. »In den Parlamenten«, so Charlotte Knobloch, »attackieren sie die Demokratie aus deren eigener Herzkammer heraus. Das kann der wehrhafte Rechtsstaat nicht tolerieren.«

Auch mit Blick auf die Stadtratswahlen und das gewachsene AfD-Kontingent

sprach die Frau an der Spitze der jüdischen Gemeinschaft in München die wachsende Verantwortung der Politik an, speziell in der Auseinandersetzung mit der AfD. »In dieser Hinsicht haben die demokratischen Parteien in den letzten Wochen und Monaten oftmals keine gute Figur abgegeben«, stellt Charlotte Knobloch fest.

Hier müsse sich ihrer Einschätzung nach rasch etwas ändern, um die gewachsene demokratische Kultur in Deutschland zu erhalten. Mit Blick auf die AfD sagte sie: »Politik muss die Ideale der Demokratie auf eine Art und Weise verteidigen, die solche Problemfälle verhindert, bevor sie entstehen.«

Wer Oberbürgermeister von München wird, muss am Sonntag kommender Woche (29. März) eine Stichwahl entscheiden. Amtsinhaber Dieter Reiter verfehlte mit 47,9 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit und gilt als Favorit. Herausforderin ist Kristina Frank von der CSU, die 21,3 Prozent erreichte und Katrin Habenschaden von den Grünen mit 20,7 Prozent knapp hinter sich ließ. Die Grünen stellen mit 23 Stadträten allerdings die stärkste Fraktion, dahinter kommt die CSU mit 20 und an Platz drei die SPD mit 18 Plätzen. Neu ist die Vielzahl kleiner Parteien im Stadtrat: FDP, ÖDP, Linke und AfD haben jeweils drei Sitze, die Freien Wähler zwei, und je einen Sitz haben die Rosa Liste, die Bayernpartei, die München-Liste, Die Partei und Volt.

Solidarität statt Gleichgültigkeit

AUFTAKT Bei der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit appellierten die Redner eindringlich, sich rechter Gewalt entgegenzustellen

Der Auftakt zur Woche der Brüderlichkeit in München dürfte bis auf Weiteres das letzte große Event im Saal des Alten Rathauses gewesen sein. Inzwischen haben Stadt und Freistaat wegen der Coronapandemie alle kulturellen Aktivitäten auf Null heruntergefahren.

Festredner Konrad O. Bernheimer sprach jedoch noch vor einem voll besetzten Saal, wie auch der Gästeliste zu entnehmen war. Erschienen waren Kardinal Reinhard Marx, die Rabbiner Shmuel A. Brodman und Steven E. Langnas, die Münchner Ehrenbürgerinnen, Alt-Bürgermeisterin Gertraud Burkert und IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch, sowie Ludwig Spaenle, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus.

Bayern Justizminister Georg Eisenreich überbrachte nicht nur die Grüße der Staatsregierung, sondern fand auch deutliche Worte gegen um sich greifenden Hass, Vorurteile, Ausgrenzung und Antisemitismus: »Wenn sich 75 Jahre nach der Befrei-

ung Antisemiten aus der Deckung wagen, müssen wir handeln, und zwar entschlossen.« Er bekräftigte auch einen Satz, den man inzwischen immer wieder hört: »Antisemitismus hat in Bayern keinen Platz.«

In der Zivilgesellschaft, so Eisenreich, könne jeder etwas tun. Meinungsfreiheit ende da, wo das Strafrecht beginne. Die Justiz in Bayern gehe gegen geistige Brandstifter vor. Es gebe inzwischen auch Beauftragte gegen »Hate Speech« an allen Gerichten Bayerns.

Unmissverständliche Worte fand in Vertretung des Oberbürgermeisters auch der Münchner Kulturreferent Anton Biobl. Ein zunehmendes Gefühl der Entsolidarisierung zeige, wie notwendig es sei, der rechten Gewalt alle demokratischen Kräfte entgegenzusetzen. Man dürfe das Feld nicht den Antidemokraten überlassen.

Biobl nannte mehrere Beispiele. Aus dem Gedenktakt für die Opfer des Brandanschlags auf das jüdische Gemeindehaus 1970 erwachse ein neues Forschungs-



Charlotte Knobloch, Konrad O. Bernheimer, Reiner Schübel und Andreas Renz (v.l.)

projekt über die Biografien der sieben Ermordeten. Sein Hinweis auf die Internationalen Wochen gegen Rassismus in München hat sich inzwischen allerdings erledigt – wegen der Absage aller Veranstaltungen.

Ein ergreifender Moment waren die Standing Ovationen, die der Unternehmer, Kunsthändler und Autor Konrad O. Bernheimer, launig eingeführt von Reiner Schübel, dem evangelischen Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in München, am Ende seiner Ansprache erhielt. Bernheimer erläuterte, warum er sich sein Leben lang zwischen zwei Stühlen gefühlt habe – als Sohn eines assimilierten deutschen Juden, der im venezolanischen Exil Suizid beging, und einer tief katholischen Mutter.

Bernheimers Appell gegen »das Nicht-Hinschauen, die Gleichgültigkeit, das sich Nicht-Einsetzen für die anderen«, das seine Familie in den 30er-Jahren erlebte, hat tagesaktuelle Brisanz. *Ellen Presser*